

nachrichten

UBS-Manager Raoul Weil angeklagt

MIAMI. Der Chef des weltweiten Vermögensverwaltungsgeschäfts der UBS, Raoul Weil, ist vor einem Gericht in Florida wegen Steuerdelikten in Milliardenhöhe angeklagt worden. Dem 49-Jährigen wird vorgeworfen, zusammen mit anderen leitenden Mitarbeitern, Kaderleuten und Kunden der Bank eine Verschwörung zum Zweck des Betrugs der USA gebildet zu haben, wie das US-Justizdepartement und die US-Steuerbehörde IRS am Mittwoch mitteilten. Die Beschuldigten sollen rund 20 000 US-Kunden behilflich gewesen sein, 20 Milliarden Dollar über Offshore-Konten am US-Fiskus vorbeizuschleusen. Staatsanwalt Alexander Acosta in Miami bezeichnete es als Beleidigung für jeden amerikanischen Steuerzahler, wenn einige Steuerpflichtige anonyme Konten benutzten, um keine Steuern bezahlen zu müssen. AP

Kein Preiszerfall bei den Immobilien

BERN. Der Schweiz droht laut dem Informations- und Ausbildungszentrum für Immobilien (Iazi) keine flächendeckende Erosion der Liegenschaftspreise. Trotz der in Wirtschaftszentren und Touristenregionen kräftigen Preiszunahmen zeichne sich kein Preisrückgang ab, sagte Iazi-Leiter Donato Scognamiglio am Schweizer Immobilien-Kongress 2008. AP

4,2 Prozent mehr für deutsche Metaller

SINDELINGEN. Die Tarifpartner in der deutschen Metall- und Elektroindustrie haben sich trotz der schwierigen Wirtschaftslage auf eine deutliche Lohnerhöhung von 4,2 Prozent geeinigt. Mit dem Abschluss im Pilotbezirk Baden-Württemberg wurden flächendeckende Streiks in der deutschen Schlüsselindustrie verhindert. AP



Banker warnen vor Finanzgipfel

FRANKFURT. Die wichtigsten Privatbanken haben vor dem Weltfinanzgipfel am Wochenende in Washington vor zu grossem staatlichem Einfluss auf das internationale Finanzsystem gewarnt. In einem Brief an US-Präsident George W. Bush räumte der Internationale Privatbankenverband (IIF) aber die Notwendigkeit ein, Regulierungslücken zu schliessen. In dem am Dienstag veröffentlichten Schreiben, das vom IIF-Vorsitzenden, Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann, unterzeichnet ist, wird die Bedeutung des freien Markts für Handel, Investitionen und Kapitalflüsse betont. AP

Aargauische KB senkt den Hypothekarzins

AARAU. Nach der Raiffeisenbank senkt auch die Aargauische Kantonalbank den Hypothekarzins. Sie nimmt den Richtsatz für erstklassige variable Wohnbauhypotheken um einen viertel Prozentpunkt auf 3,25 Prozent zurück. AP

China will den Export ankurbeln

PEKING. Nach der Ankündigung eines milliardenschweren Konjunkturpakets will China das Wirtschaftswachstum zusätzlich ankurbeln. Die Regierung in Peking kürzt ab Dezember Exportsteuern und Ausfuhrzölle auf Tausende Güter. AP

Es braucht eine «Energierévolution»

Die Internationale Energieagentur hat die Tonalität geändert – der Optimismus ist weg



«Nicht zukunftsfähig». Die Energieagentur der Industriestaaten malt erstmals eine düstere Erdöl-Zukunft. Foto Keystone

HANSPETER GUGGENBÜHL

Die Internationale Energieagentur (IEA) korrigiert ihre Wachstumsprognosen nach unten. Trotzdem fürchtet sie, Erdöl werde bald knapp und das globale Klima um sechs Grad wärmer.

Bis vor wenigen Jahren war die IEA ungebrochen optimistisch: Noch 2001 prophezeite sie, die globale Energienachfrage werde jährlich um mehr als zwei Prozent steigen und sich bis 2030 problemlos decken lassen. Doch seither wächst bei ihr die Skepsis. Und in ihrem neusten «World-Energy-Outlook» (WEO 2008), der gestern in Paris veröffentlicht wurde, wägt die Energieagen-

tur der Industriestaaten unerwartet Worte, die an den Club-of-Rome-Report «Die Grenzen des Wachstums» von 1972 erinnern.

ÖLVERSORGUNG FRAGLICH. So schreibt die IEA einleitend: «Die derzeitigen weltweiten Trends von Energieversorgung und Verbrauch sind eindeutig nicht zukunftsfähig – weder in ökologischer, wirtschaftlicher noch in sozialer Hinsicht. Das kann jedoch geändert werden. Noch ist Zeit für einen Kurswechsel.» Dazu aber brauche es eine «globale Energierévolution», sagte IEA-Direktor Nobuo Tanaka. In ihrem Trend-szenario rechnet die IEA für

den Zeitraum 2006 bis 2030 mit folgender Nachfrage-Entwicklung: Der gesamte Primärenergiebedarf steigt bis 2030 um 45 Prozent, was einer jährlichen Wachstumsrate von 1,6 Prozent entspricht. Die Zunahme von Kohle und Erdgas liegt über diesem Durchschnitt, diejenige von Erdöl und Atomenergie darunter. Der Anteil der erneuerbaren Energien bleibt klein.

Im Vergleich zu den Weltenergie-Ausblick der Vorjahre hat die IEA ihre Nachfrageprognosen also nach unten korrigiert. Grund: Sie rechnet mit etwas kleinerem Wirtschaftswachstum und höheren Energiepreisen. Das gilt primär

für Erdöl. Bis 2030 werde die Ölnachfrage nur noch um 25 Prozent oder ein Prozent pro Jahr steigen. Trotzdem fürchtet die Energieagentur einen Engpass beim Angebot, denn: «Auf globaler Ebene mögen noch reichlich Ölvorräte vorhanden sein, es gibt aber keine Garantie dafür, dass sie rasch genug erschlossen werden, um das projizierte Verbrauchsniveau zu decken.»

KEINE ZUKUNFT. In diesem Fall steige der Preis für Rohöl schnell und stark über das bis 2030 prognostizierte Niveau von 100 bis 120 Dollar. Arme Staaten könnten sich damit das Erdöl immer weniger gut leis-

ten. Deshalb ist der Entwicklungstrend wirtschaftlich und sozial «nicht zukunftsfähig».

Ökologisch fällt, wenn der Verbrauch von Erdöl, Erdgas und Kohle weiter zunimmt, vor allem der wachsende Ausstoss des Treibhausgases CO₂ ins Gewicht. So rechnet das Trend-szenario bis 2030 mit einer Zunahme der CO₂-Emissionen um 46 Prozent. Schreibt man diese Entwicklung fort, verdoppelt sich die Konzentration der Treibhausgase in der Atmosphäre bis Ende Jahrhundert. Das zöge «einen globalen Temperaturanstieg um bis zu sechs Grad Celsius» nach sich.

ZWEI SZENARIEN. Deshalb entwirft die IEA in ihrem Ausblick zwei klimapolitische Alternativszenarien:

Szenario 1 begrenzt den globalen Temperaturanstieg auf 3 Grad. Damit darf der CO₂-Ausstoss bis 2030 nur noch um 18 Prozent steigen. Das bedingt eine gedrosselte Zunahme des Verbrauchs und einen höheren Anteil an erneuerbaren Energien.

Szenario 2 bremst die Erwärmung auf maximal 2 Grad. Damit muss der CO₂-Ausstoss schon bis 2030 um acht Prozent und danach weiter sinken. Dazu schreibt die IEA: «Selbst wenn man die politische Machbarkeit ausser Acht lässt, ist nicht gewiss, ob die Umstellungen im vorgesehenen Umfang technisch möglich sind.»

Die Frage, ob Technik allein eine naturverträgliche Entwicklung möglich macht, hat sich schon Dennis Meadows gestellt – und verneint, als er vor 36 Jahren den Report «Die Grenzen des Wachstums» schrieb. Deshalb forderte er 1972 eine Abkehr vom Bevölkerungswachstum. Die IEA hingegen stellt das Wachstum auch 2008 nicht explizit infrage – hier liegt der Unterschied.

Europa könnte Energieverbrauch stabilisieren

McKinsey-Studie zeigt, dass mit bekannten Technologien bis 2020 keine zusätzliche Energie nötig wäre

CHRISTIAN MIHATSCH

Der Streit über Atomkraftwerke dominiert die Energiedebatte, das Erdöl wird knapper. Dessen ungeachtet steigt der Energieverbrauch unnötigerweise immer weiter an.

Die Prognosen über die Auswirkungen des Klimawandels werden immer bedrohlicher. Gleichzeitig gehen die Erdölreserven langsam zur Neige. Trotzdem kennt der Energieverbrauch nur eine Richtung – nach oben. Weltweit nimmt der Verbrauch bis 2020 jedes Jahr um 2,2 Prozent zu, und auch in Europa (inklusive Schweiz), das schon heute einen überdurchschnittlichen Energieverbrauch hat, nimmt der Konsum jedes Jahr um 1,2 Prozent zu – schätzt jedenfalls die Unternehmensberatung McKinsey in einer Studie. Bevölkerungswachstum und Wirtschaftswachstum scheinen zwangsläufig mit einem höheren Energieverbrauch einherzugehen.

Im Fall von Europa ist dies aber nicht nötig: Europa könnte seinen Energieverbrauch bis 2020 auf dem heutigen Niveau stabilisieren – mit bereits bekannten Technologien, die sich auch noch rechnen: Die Investitionen in Energiesparmassnahmen müssen eine Rendite von mindestens 10 Prozent abwerfen, um vor den Augen der McKinseyaner zu bestehen. Das Ziel ist die Produktivität der eingesetzten Energie, also die Anzahl Franken an Bruttoinlandprodukt, die sich aus einem Fass Öl oder einer Tonne Uran herausholen lassen, zu erhöhen. Das Wirtschaftswachstum wird damit –



Falsch. Glühlampen sorgen vor allem für Wärme – statt für Licht. Foto Keystone

auch bei gleichbleibendem Energieverbrauch – nicht gemindert.

POTENZIALE. Die grössten Einsparpotenziale versprechen energieeffizientere Gebäude, sowohl Wohn- als auch Geschäftsliegenschaften und energieeffizientere Abläufe in der Industrie (siehe Tabelle). Vergleichsweise gering sind die möglichen Einsparungen hingegen im Transportbereich, insbesondere da mit einer weiteren Zunahme des Luftverkehrs gerechnet wird. Geografisch hat Europa die grössten Einsparpotenziale im Osten und Süden des Kontinents.

Zum einen ist die Energieeffizienz dort heute noch geringer, zum anderen wird dort mehr gebaut. Da Energiesparmassnahmen bei Neubauten günstiger sind als bei Renovierungen, haben die neuen EU-Staaten mehr Möglichkeiten, den Energieverbrauch zu reduzieren.

Warum aber wurden diese Massnahmen nicht längst ergriffen, wenn sie sich doch lohnen, wie McKinsey behauptet? Ein Problem sind Informationsdefizite. Den Menschen ist nicht bewusst, was sie schlecht isolierte Fenster, herkömmliche Glühlampen oder ineffiziente Motoren in der Industrie wirklich kosten. Dazu kommen sogenannte Principal-Agent-Probleme: Während Investitionen in Gebäude vom Vermieter getragen werden, profitieren die Mieter von der geringeren Heizkostenrechnung. Und schliesslich hat die Politik noch nicht alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel genutzt.

Denn für die Unternehmensberater sind oft staatliche Vorschriften der einfachste und billigste Weg, die Energieproduktivität zu verbessern. So können

Regierungen Bauvorschriften erlassen, Mindestanforderungen an elektrische Geräte festlegen oder Glühlampen verbieten. In der EU wird zurzeit ein Verbot herkömmlicher Birnen per 2012 diskutiert. Dadurch liesse sich der Umstieg auf Energiesparlampen deutlich beschleunigen. Gleichzeitig nimmt der Absatz und somit die Produktion der Leuchtkörper zu, was die Kosten senkt.

VORBILD. Strenge Vorschriften verschaffen der europäischen Industrie überdies einen Startvorteil vor ihren Konkurrenten aus Übersee – sei es bei der Produktentwicklung oder der Optimierung von Herstellungsprozessen. Ausserdem erhoffen sich die Autoren der Studie, dass sich andere Europa als Beispiel nehmen: «Europa ist in einer einzigartigen Position, um die Rolle eines Katalysators zu übernehmen, der die weltweite Energieproduktivität voranbringt.» Eine Position, die sich zu nutzen lohnt.

Die ganze Studie findet sich unter: > www.baz.ch/go/mckinsey

ENERGIE-SPARPOTENZIALE NACH SEKTOREN

Sektor	Sparpotenzial (in Mio. Tonnen Öl)	Sparpotenzial in % des Sektorverbrauchs 2020
Wohnen	113,4	20
Handel (vor allem Gebäude)	42,8	15
Transport	35,3	7
Industrie	156,2	16
Energieerzeugung und -umwandlung	90,7	k. A.

Quelle: McKinsey Global Institute